

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Gesine Löttsch, Dorothee Menzner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/6932 –**

**Schnellstmögliche Einführung eines generellen Tempolimits von  
130 Stundenkilometern auf Bundesautobahnen**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Fritz Kuhn, Dr. Anton Hofreiter, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/6894 –**

**Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen sofort einführen**

### **A. Problem**

Zu Nummer 1

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der vor allem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem auf Bundesautobahnen eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 Kilometern pro Stunde eingeführt werden soll und dem Deutschen Bundestag nach dreijähriger Gültigkeit der Regelung einen Evaluierungsbericht über die Ergebnisse und Wirkungen des Tempolimits vorzulegen.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag beschließen soll, dass zum 1. Januar 2008 auf deutschen Autobahnen eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h eingeführt wird.

**B. Lösung**

Zu Nummer 1

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6932 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu Nummer 2

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6894 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Annahme der Anträge

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/6932 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/6894 abzulehnen.

Berlin, den 26. Mai 2008

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Dr. Klaus W. Lippold**  
Vorsitzender

**Gero Storjohann**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Gero Storjohann

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf den **Drucksachen 16/6932** und **16/6894** in seiner 124. Sitzung am 9. November 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Der Antrag beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem auf Bundesautobahnen eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 Kilometern pro Stunde eingeführt werden soll und dem Deutschen Bundestag nach dreijähriger Gültigkeit der Regelung einen Evaluierungsbericht über die Ergebnisse und Wirkungen des Tempolimits vorzulegen.

Zu Nummer 2

Der Antrag beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag beschließen soll, dass zum 1. Januar 2008 auf deutschen Autobahnen eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h eingeführt wird.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/6932 in seiner 67. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Nummer 2

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/6894 in seiner 67. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU und mehreren Stimmenthaltungen aus der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und -ergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge in seiner 62. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten. Petitionen zu dem Gegenstand der Beratung, die dem Ausschuss gemäß § 109 Abs. 1 Satz 2 GO-BT durch den Petitionsausschuss zur Stellungnahme übermittelt wurden, wurden in die Beratung mit einbezogen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass die Autobahnen die sichersten Straßen in Deutschland seien. Ein generelles Tempolimit halte man nicht für zielführend. Stattdessen setze man sich dafür ein, im Einzelfall dort Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuführen, wo dies zweckmäßig sei, wie etwa an Baustellen. Man spreche sich für den verstärkten Einsatz von Verkehrsbeeinflussungsanlagen aus, damit Geschwindigkeitsbeschränkungen auch jeweils in der konkreten Situation nachvollziehbar seien. Unfälle ereigneten sich auf Autobahnen überwiegend bei einem Tempo von weniger als 130 km/h. Eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung bedeute daher nicht, dass man damit Unfälle vermeide. Man strebe statt eines generellen Tempolimits eine Verbesserung der Infrastruktur und der Fahrzeugtechnik an, was sowohl dem Umweltschutz als auch der Sicherheit diene. Daher werde man beide Anträge ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr sei vor allem gegenseitige Rücksichtnahme erforderlich. Autobahnen seien die sichersten Straßen. Es gebe bei den Landesstraßen und den Bundesstraßen viel größeren Handlungsbedarf, da dort die Unfallquote sehr viel höher sei. Überhöhte Geschwindigkeit sei auch nicht die Hauptursache für Unfälle auf Autobahnen. In Ländern mit allgemeiner Geschwindigkeitsbegrenzung seien die Straßen nicht sicherer als in Deutschland. Besser als allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzungen sei der Einsatz von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, da die Geschwindigkeitsbeschränkungen dann für den Autofahrer nachvollziehbar seien. In Bereichen, in denen solche Anlagen eingesetzt würden, seien die Unfallzahlen zum Teil deutlich zurückgegangen. Statt starrer Verbote benötige man intelligente Lösungen. Zu diskutieren sei die Frage einer Geschwindigkeitsbegrenzung für sogenannte Sprinter im Bereich zwischen 2,8 und 3,5 Tonnen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, das CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial der in den Anträgen geforderten Geschwindigkeitsbeschränkungen sei schon in Anbetracht des Umfangs der betroffenen Strecken verschwindend gering. Deutschland habe die sichersten Fernstraßen und die Zahl der Verkehrstoten sei erfreulicherweise weiter rückläufig. Man solle keine undifferenzierten Maßnahmen ergreifen, sondern dort Geschwindigkeitsbegrenzungen einführen, wo dies im Einzelfall sinnvoll sei. Solche nachvollziehbaren Geschwindigkeitsbegrenzungen würden dann auch von den Autofahrern akzeptiert. Geschwindigkeitsbeschränkungen an Stellen, wo dies nicht nachvollziehbar sei, beeinträchtigten auch die Akzeptanz für

sinnvolle Einschränkungen und Belastungen für den Autofahrer. Gefordert seien eine bessere Technik und eine schnellere Umrüstung der Flotten. Daher lehne man beide Anträge ab.

Die **Fraktion DIE LINKE**. betonte, die Politik habe sich in der letzten Zeit intensiv mit den Möglichkeiten der CO<sub>2</sub>-Reduzierung und der Abmilderung der Folgen des Klimawandels, für welchen CO<sub>2</sub> zumindest nicht ohne Auswirkungen sei, beschäftigt. Ein Tempolimit sei eine Möglichkeit, schnell und ohne großen Aufwand eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu erreichen. Auch eine Mehrheit in der Bevölkerung akzeptiere dies. Ein Sicherheitsproblem sei insbesondere die starke Spreizung der Geschwindigkeiten auf den Autobahnen. Vor allem in Verbindung mit dem zunehmenden LKW-Verkehr führe dies zu gefährlichen Situationen. Sie wies darauf hin, dass ihr Antrag fast wörtlich mit einem Antrag übereinstimme, welcher in der Vergangenheit von der Fraktion der SPD vorgelegt worden sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** warf der SPD vor, über eigene Parteitagebeschlüsse hinwegzugehen. Entscheidend sei nicht die Frage, ob Autobahnen die sichersten Straßen seien, sondern die Frage, ob ein Autobahnabschnitt mit Geschwindigkeitsbeschränkung sicherer sei als ein Autobahnabschnitt ohne Geschwindigkeitsbeschränkung. Auf Autobahnabschnitten mit Geschwindigkeitsbeschränkung ereigneten sich weniger Unfälle als auf Autobahnabschnitten ohne Geschwindigkeitsbeschränkung. Die CO<sub>2</sub>-Einsparung durch ein kostengünstiges Tempolimit sei höher als die Einsparung durch das Gebäudesanierungsprogramm. Vor allem ältere Verkehrsteilnehmer fühlten sich unsicher, wenn andere Verkehrsteilnehmer auf Autobahnen mit sehr hohen Geschwindigkeiten führen. Durch stark unterschiedliche Geschwindigkeiten der einzelnen Verkehrsteilnehmer auf Autobahnen komme es immer wieder zu sehr gefährlichen Situationen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/6932 abzulehnen.

Ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat er empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/6894 abzulehnen.

Berlin, den 26. Mai 2008

**Gero Storjohann**  
Berichtersteller





